



„Moscheebau-Planspiel“ als Gegenaktion zum FREIHEIT-Bürgerbegehren in München



Je näher unser Bürgerentscheid gegen den Bau des Islamzentrums in München rückt, desto intensiver werden die Aktionen der linken Gegenseite. Am kommenden Dienstag, den 10. Dezember veranstaltet das Bayernforum der Friedrich Ebert Stiftung in Zusammenarbeit mit der „Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München“ ein ganztägiges Treffen mit dem Titel „Moscheebau in Großstadt – Planspiel für Zivilcourage“. Von 9:30 bis 15:30 sollen „Multiplikator/innen aus Politik, Vereinen und Verbänden, Kirchen, sozialer Arbeit usw., die mehr Sicherheit und Anregungen für ihre Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit suchen“, auf Spur

getrimmt werden, damit sie für ein von einem terrorunterstützenden Staat finanziertes und von einem verfassungsschutzbekanntem Imam geplantes Islamzentrum sind. Volkserziehung gegen den gesunden Menschenverstand à la DDR.

(Von Michael Stürzenberger)

Es soll über das Projekt eines islamischen Gemeindezentrums „diskutiert“ werden, aber man will sich nicht den stichhaltigen Argumenten der Gegner aussetzen. Daher gibt es nach „bewährter“ antidemokratischer Übung wieder einen Einlassvorbehalt gegen die bösen „Rechtspopulisten“. Hinter der ominösen „Fachstelle“ steckt Marcus Buschmüller, ein bekannter extremer Linker, der bei einer Demo gegen die Wiedervereinigung Deutschlands mit Reizgas erwischt wurde, bei einer versuchten Gefangenenbefreiung mitmischte und Widerstand gegen Polizeibeamte leistete. Udes Hilfstruppen sind in der Vergangenheit offensichtlich nicht gerade zimperlich gewesen in ihrem linksextremen Kampf. Der Einladungstext offenbart die weltremde Geisteshaltung der Organisatoren:

München erlebt derzeit eine rechtspopulistische Kampagne, die die demokratische Stadtgesellschaft und jede/n einzelne/n Bürger/in vor große Herausforderungen stellt. Mit islamfeindlichen und rechtspopulistischen Argumentationsmustern sollen Ängste vor Muslimen geschürt werden und ein friedliches Miteinander der Religionen verhindert werden. Demokratische Mittel wie ein Bürgerbegehren gegen Moscheebauten gehören dabei genauso zum Repertoire der Rechtspopulisten wie Einschüchterungsversuche und Drohungen. Was kann die demokratische Stadtgesellschaft diesen Agitationen entgegensetzen? Wie begegnen wir diesen Angriffen auf unsere demokratische Grundordnung?

Wie?

Das Planspiel „Moscheebau in Großstadt“ greift diese Fragen anhand eines fiktiven Szenarios auf. In einer

Bürgerversammlung und in einer Stadtratssitzung diskutieren die Großstädter/innen über das Projekt eines islamischen Gemeindezentrums und den Umgang mit islamfeindlichen Initiativen. Mit dem Planspiel wollen wir Muster der Fremden- und Islamfeindlichkeit erkennbar machen, argumentative Gegenstrategien entwickeln und erproben sowie rechtliche und zivilgesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Damit man sich bei diesem Planspiel nicht mit der Realität auseinandersetzen muss, sind die faktisch argumentierenden „Rechtspopulisten“ von dieser Veranstaltung ausgeschlossen:

Einlassvorbehalt:

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisation angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

Es ist zu erwarten, dass die Blockwarte heldenhaften „Kämpfer gegen Rechts“ Bezler, Prager, Nikolai & Co an der Tür Wache schieben. Wer sich diese skurille Pro-Islam-Veranstaltung ansehen möchte, muss sich vorher schriftlich anmelden:

Bitte melden Sie sich unbedingt per Email (bayernforum@fes.de) oder Fax (089/ 51 555 244) an. Sie erhalten eine Anmeldebestätigung, die als Einlasskarte dient. Die Zahl der Plätze ist begrenzt. Die Teilnahme ist kostenlos.

[Hier der Flyer der Veranstaltung](#). Unser Bürgerbegehren können sie mit solch abstrusen Aktionen jedenfalls nicht aufhalten. Es ist aber amüsant, wie sehr sich die linken und

linksextremen Islam-Appeaser anstrengen, sich der Flut der Argumente zu widersetzen..



Offener Brief von Wilders an Papst Franziskus: „Wir müssen die Wahrheit sagen über den Islam“



Eure Heiligkeit, in Ihrem jüngsten Lehrschreiben Evangelii Gaudium (Absätze 247-248) lenken Sie die Aufmerksamkeit der Welt auf die Verpflichtung der Christenheit gegenüber den Juden und ihrem Vertrauen. Ihre apostolische Botschaft enthält auch eine scharfe Verurteilung der Verfolgungen, die die Juden in der Vergangenheit durch die Christen erleiden mussten. Ihre Worte sind Worte, die Viele ermutigen könnten. Leider stehen sie in

tiefem Gegensatz zu den Hasstiraden, die der religiöse Führer des sunnitischen Islam, Ahmad Al-Tayeb, der Großimam des Al-Azhar-Instituts in Kairo, im letzten Oktober verlautbaren ließ.

Während eines Interviews, das am 25. Oktober im ägyptischen Fernsehen ausgestrahlt wurde, brachte Großimam Ahmad Al-Tayeb die Bedeutsamkeit des Koranverses 5:82 zum Ausdruck, der besagt, dass von allen Menschen die Christen den Moslems am nächsten sind, während die Juden ihre größten Feinde sind. Dieser Vers hat Jahrhunderte des islamischen Hasses auf die Juden begründet.

Al-Tayeb's Berufung auf den sich aus dem Koran ergebenden Judenhass steht in Einklang mit 14 Jahrhunderten islamischer Lehre. Al-Tayeb's Vorgänger am Al-Azhar-Institut, Muhammad Sayyid Tantawi, schrieb sogar ein Buch mit dem Titel „Die Kinder Israels in Koran und Sunna“, um den Judenhass in der Koranlehre zu verteidigen.

Das gegenwärtige Leid der Christen unter islamischer Verfolgung in Syrien, im Irak, in Ägypten, im Sudan, in Nigeria, in Pakistan, in Indonesien und in so vielen anderen Ländern zeigt eindeutig, was Christen unter den Anhängern des Islam erdulden müssen. Was Atheisten und Juden, die als die schlimmsten Feinde betrachtet werden, unter dem Islam ertragen müssen, ist noch schlimmer.

In Ihrer Lehrschrift stellen Sie fest, dass der [„wahre Islam und das richtige Lesen des Koran jeder Form von Gewalt entgegenstehen“](#).

Die Wirklichkeit bestätigt diese Erklärung nicht.

Der Koran ist voll von kriegerischen und hasserfüllten Versen gegen Nicht-Moslems. Eure Heiligkeit wird in der Lage sein, diese zu finden, wenn sie den Koran liest, doch ich möchte einige davon zitieren:

2:191-193: „Und tötet sie, wo immer ihr auf sie stoßt, [...]Und kämpft gegen sie, bis es keine Verwirrung (mehr) gibt und die Religion Allah gehört.

4:89: „Und wenn sie sich abwenden, dann ergreift sie und tötet sie, wo immer ihr sie auffindet; und nehmt euch keinen von ihnen zum Beschützer oder zum Helfer ,“

5:33: „Der Lohn derer, die gegen Allah und Seinen Gesandten Krieg führen und Verderben im Lande zu erregen trachten, soll sein, daß sie getötet oder gekreuzigt werden oder daß ihnen Hände und Füße wechselweise abgeschlagen werden oder daß sie aus dem Lande vertrieben werden.“

8:60: „Und rüstet gegen sie auf, soviel ihr an Streitmacht und Schlachtrossen aufbieten könnt, damit ihr Allahs Feind und euren Feind“

9:5: „Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf.“

9:29: „Kämpft gegen diejenigen, die nicht an Allah und an den Jüngsten Tag glauben“

9:30: „und die Christen sagen, der Messias sei Allahs Sohn. Das ist das Wort aus ihrem Mund. Sie ahmen die Rede derer nach, die vordem ungläubig waren. Allahs Fluch über sie! Wie sind sie (doch) irregeleitet!“

9:123: „O ihr, die ihr glaubt, kämpft gegen jene, die euch nahe sind unter den Ungläubigen, und lasset sie euch hart vorfinden; und wisset, daß Allah mit den Gottesfürchtigen ist.“

47:4: „Wenn ihr auf die stoßt, die ungläubig sind, so haut (ihnen) auf den Nacken;“

Ich hoffe, dass der Heilige Vater uns hilft, die jüdisch-christliche und humanistische Zivilisation des Westens zu verteidigen, der auch die Atheisten und Agnostiker Freiheit und Demokratie verdanken.

Es wird nichts dadurch gewonnen, sich der Realität zu

verweigern.

Wir müssen die Wahrheit sagen über den Islam – die größte Bedrohung der Menschheit in dieser Zeit.

Sehr respektvoll,

Geert Wilders

Mitglied des Niederländischen Parlaments

Vorsitzender der Partei für die Freiheit (PVV)

(Im Original erschienen auf [Gates of Vienna](#))

Wieder Angriff auf unsere ganze Gesellschaft: Kirche in München mit „Allahu Akbar“ beschmiert



[In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag Augsburg](#), gestern Nachmittag München. Ein 30-jähriger Asylbewerber hat gegen 15 Uhr mit einem weißen Hochglanzsprühlack auf arabisch „Allahu akbar“ an die [Kirche](#)

[St. Michael in der Münchener Altstadt](#) gesprüht. Ein Polizeisprecher: „Während der gesamten Kontrolle betete und sang die betroffene Person auf Arabisch.“ Als ein arabisch sprechender Passant versuchte, ihn zu beschwichtigen, trat ihm der Asylbewerber aus Jordanien mit dem Fuß in den Bauch. Strafrechtlich muss sich der Mann nun nur wegen Sachbeschädigung und Körperverletzung verantworten. Der Staatsschutz wurde nicht eingeschaltet und auch [Sigmar Gabriel](#) wurde noch nicht am Ort des Geschehens gesichtet...



Zum Tod von Nelson Mandela (1918-2013)



Der erste Präsident des Post-Apartheid-Südafrikas und Friedensnobelpreisträger, Nelson Mandela, ist am 5. Dezember 2013 im Alter von 95 Jahren

in Johannesburg an den Folgen einer Lungenentzündung verstorben. [In den Medien der westlichen Welt](#) wird nun sehr einseitig auf seine Leistungen zur Versöhnung der Volksgruppen im multiethnischen Staat eingegangen. Mandelas Aufruf zum bewaffneten Kampf des *African National Congress* (ANC) gegen den Apartheidsstaat, der zeitlich parallel zur Umwandlung der Südafrikanischen Union in die Republik Südafrika und dem Austritt aus dem *Commonwealth of Nations* zu Beginn der 1960er Jahre verlief, wird weitestgehend ausgeblendet.

(Von Nico Ernst)

Dem ANC trat der Sohn einer Xhosa-Adelsfamilie im Jahr 1944 bei. War für ihn bis 1949 der afrikanische Nationalismus maßgeblich, so änderte sich in der Folge seine Gesinnung hin zu einem Marxismus ohne Unterscheidung der ethnischen Herkunft. Anfangs verfolgte er das Konzept Mahatma Ghandis, der von 1893 bis 1902 in Südafrika gewirkt hatte, vom gewaltlosen Widerstand. Mit Aufgabe dieses Leitmotivs folgte die international bekannt gewordene Langzeit-Inhaftierung Mandelas.

Von 1948 bis 1994 regierte die *Nasionale Party* in der von Weißen, überwiegend burischer und britischer Herkunft, dominierten Politik. Sie hatte die Vorstellung, die ethnischen Gruppen des Landes, die sie als Schwarze, Weiße, „Farbige“ und Inder bzw. Asiaten definierte, in eine Selbstverwaltung zu überführen. Der Knackpunkt war die Tatsache, in diesem System der Apartheid für die Minderheiten der Weißen, „Farbigen“ und Inder bzw. Asiaten den größten Teil des Staatsgebiets vorgesehen zu haben, während die Bevölkerungsmehrheit der Bantus sich mit kleinen, territorial mitunter zerklüfteten *Homelands* zufriedengeben sollte. Die von Südafrika einseitig ausgerufene Unabhängigkeit von vier *Homelands* in den Jahren 1976 bis 1981 wurde von den Vereinten Nationen nie anerkannt.

Mandelas Haft dauerte von 1962 bis 1990, mehr als 27 Jahre, an. In dieser Zeit befand sich der ANC-Kämpfer auf der

Gefängnisinsel *Robbeneiland* im Atlantischen Ozean sowie in den Haftanstalten von Kapstadt und Paarl. Im linken und gutmenschlichen Milieu der westlichen Staaten gab es große Kampagnen zur Freilassung Nelson Mandelas, so das Tributkonzert anlässlich seines 70. Geburtstages im Londoner *Wembley*-Stadion. Unterdessen sahen konservative Politiker wie US-Präsident Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher in ihm einen Terroristen.

Der anhaltende Druck des internationalen Boykotts von Südafrika und der Untergang des Ostblocks unter Führung der Sowjetunion in den späten 1980er Jahren ließen in der weißen Führung des Landes den Entschluß reifen, die Politik der Apartheid aufzugeben. Präsident Ferderik de Klerk verfügte im Februar 1990 die Aufhebung des ANC-Verbots und die Haftentlassung Mandelas. Gemeinsam erhielten sie 1993 den Friedensnobelpreis. Im April 1994 errang der ANC in der ersten für alle Bevölkerungsgruppen offenen Wahl die absolute Mehrheit. Am 9. Mai wählte das Parlament Nelson Mandela zum ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas. Seine Amtszeit dauerte bis 1999 an.

Der Umbau vom Apartheidsstaat zur „Regenbogennation“ war unter Mandelas Präsidentschaft und ist auch heute noch mit vielfältigen Schwierigkeiten verbunden (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)). Die Wirtschaft kommt nicht recht voran. Die Verbreitung des HI-Virus, das die tödliche Immunschwächekrankheit AIDS auslöst, ist in Südafrika besonders weit verbreitet. Schwarze Rassisten töten immer noch in beträchtlicher Anzahl Angehörige der weißen Minderheit. Der ANC gilt als verfilzte Interessenpartei der Bantu-Völker. Mit wenigen Ausnahmen wie der Provinz Westkap und ihrer Metropole Kapstadt, wo sich ein Anti-ANC-Bündnis von Weißen und „Farbigen“ durchzusetzen vermochte, sind die nicht-schwarzen Ethnien in der Politik marginalisiert. Ferner rief Mandelas Bezeichnung der Staatsführer Fidel Castro (Kuba) und Muammar al-Gaddafi (Libyen) als „Kampfgenossen“ internationalen Widerspruch

hervor.



Leider gibt es gerade unter Europäern die irriige Ansicht, Mandela habe als Xhosa für die Interessen der „Urbevölkerung“ Südafrikas gekämpft. Wie die niederländischen Vorfahren der Buren 1652 im heutigen Kapstadt sind auch die Bantu-Völker von Norden kommend „erst“ vor einigen Jahrhunderten in das Gebiet der heutigen Republik eingewandert. Die tatsächliche autochthone Einwohnerschaft Südafrikas besteht aus den dunkelhäutigen Khoisan-Ethnien, die im Deutschen früher „Buschmänner“ und „Hottentotten“ genannt worden und nicht näher mit den Bantus verwandt sind. Die Khoisan-Gruppen zählen nur noch wenige Tausend Menschen in Südafrika, was sich u. a. darin niederschlägt, daß keine der elf Amtssprachen des Landes den Khoisan zugerechnet werden kann, sondern zwei sind europäischen- (Afrikaans und Englisch) und die übrigen neun Bantu-Ursprungs.

r: Gefangener Fußballer wieder in Frankreich



Ex-DFB-Sicherheitsmann: Kritik an Katar ist eine „Form der Fremdenfeindlichkeit“!



Das reichste Land der Welt scheint wirklich viel schmierige Ölkohle zu investieren, um Kritik an seiner Sklavenhaltung und Terrorfinanzierung zu unterbinden. Helmut Spahn, seit 2011 Direktor des „Zentrums für Sport-Sicherheit“ in Katar (*rechts neben ihm Mohammed Hanzab, dessen Präsident*), schießt nun in der Verharmlosung dieses Unrechtsstaates den Vogel ab: Er bezeichnet Kritik an den menschenverachtenden Zuständen auf den WM-Baustellen in

Katar allen Ernstes als „Form der Fremdenfeindlichkeit“. Es gilt wohl auch hier die alte Regel: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“. Dazu kommt die übliche Totschlagskeule: Wer Moslems kritisiert, muss ein übler Rassist sein.

(Von Michael Stürzenberger)

Im Interview mit Welt online verharmlost er das Sklavenhaltersystem „Kafala“, wegen dem der französische Fußballprofi Zahir Belounis [eineinhalb Jahre in Katar eingesperrt war](#) und kein Geld erhielt:

Dass in Katar das Kafala-System existiert, hat historische Gründe. 80 Prozent der Menschen dort sind Ausländer. Es ist schwierig für ein Land mit weniger als 300.000 Einheimischen, die Ein- und Ausreise von so vielen Ausländern staatlich zu regeln. Daher wurde dieses System eingeführt. Aber ich bin mir sicher, dass es hier Modifikationen geben wird.

„Modifikationen“ eines Sklavenhaltersystems? Dass dann statt der 700 bisher elend verreckten Arbeitssklaven auf den WM-Baustellen nur noch 650 ins Gras beißen, oder wie? Bis zur WM 2022 werden 4000 Todesopfer erwartet, aber das scheint den deutschen Funktionär nicht zu jucken. Denn er ist in Katar sehr gut im Geschäft: Das Unternehmen, von dem er seine Kohle bekommt, ist für die Sicherheit der beiden Fußball-Weltmeisterschaften 2018 in Russland und 2022 in Katar zuständig, außerdem soll es auch für die WM 2014 in Brasilien im Gespräch sein. Die Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014 sowie die Sommerspiele 2016 in Brasilien wird es organisatorisch begleiten. Mit dem DFB und dem Handball-Weltverband IHF seien bereits feste Abkommen über die Ausrichtung verschiedener Turniere geschlossen worden, [wie der SPIEGEL berichtet](#). Spahn gibt sich nun aus naheliegenden Gründen alle erdenkliche Mühe, Katar entgegen der Realität in Schutz zu nehmen:

Man muss an dieser Stelle aufpassen, wen man kritisiert. Das

katarische Arbeitsrecht entspricht nahezu den westeuropäischen Standards. Es ist zum Beispiel strikt verboten, Arbeitnehmer nicht ausreisen zu lassen oder sie auf Baustellen im Freien in der Mittagshitze arbeiten zu lassen. Der Staat muss sich also um die Kontrolle, das Aufdecken und die Ahndung von Missständen kümmern. Eine generelle pauschale Ausbeutung von Arbeitnehmern sehe ich in Katar nicht.

Pufftää – wolle mern reilasse? Ob Spahn das selber glaubt, was er da verzapft? Was möglicherweise in irgendwelchen Bestimmungen steht und was in Katar real passiert, steht ganz offensichtlich auf zwei verschiedenen Blättern. Helmut Spahn arbeitete früher beim DFB und war unter anderem für die Sicherheit der Fußball-WM 2006 in Deutschland zuständig. Da muss er mitbekommen haben, dass ein Moslem die Allianz Arena in München [für einen Anschlag ausspähte](#) und noch weiterer Islamterror geplant war. Wie er den Spagat hinbekommt, nun für ein Land zu arbeiten, das überall auf der Welt islamische Terrorbanden wie Al-Qaida, Taliban und Hamas massiv finanziert, bleibt sein Geheimnis. Und jetzt kommt [der Brüller des Tages](#):

Ich kann es manchmal nicht mehr hören. Wenn ich alles, was anders ist als zu Hause, ablehne, dann ist das auch eine Form von Fremdenfeindlichkeit. Katar ist nicht Deutschland oder Frankreich, man muss auch mal andere Länder, Kulturen, Religionen und Lebensformen respektieren. Wenn ich dann höre, wie Michael Sommer Katar kritisiert, kann ich mich nur wundern. Vor zwei, drei Jahren hat es ihn auch nicht interessiert, wie es den Arbeitern in Katar geht. Weil es jetzt aber en vogue ist, Katar zu kritisieren, meldet auch er sich zu Wort.

Die Profiteure Katars beeilen sich in willfährigen Erklärungen: Bayern Münchens Ehrenpräsident Beckenbauer hat in Katar beim besten Willen „keine Sklaven“ gesehen, Bayerns

Vorstandsvorsitzender Rummenigge mahnt, die WM dort unbedingt durchzuziehen, während er mit zwei goldenen Rolex-Uhren aus Katar am Münchner Flughafen erwischt wird, und Bayerntrainer Guardiola mochte sich nicht für den französischen Profifußballer einsetzen, der in Katar eineinhalb Jahre lang festgesetzt wurde. Nun, Katar sponserte seinen früheren Verein FC Barcelona, und Guardiola war im Prominenten-Unterstützerkreis für die WM-Bewerbung Katars. Dieser arabisch-islamische Schariastaat scheint wirklich ganz hervorragend zu zahlen und enorm viel Einfluß zu besitzen..



Xaver – der öffentlich-rechtliche Klimaschwindel



Dieser

Videoausschnitt [vom NDR zeigt](#) für Anfänger beispielhaft, wie

der Klimawandel zu zeigen ist, wenn ein Wind weht. Die Reporterin aus der warmen NDR-Kuschelstube muß sich an ein zugiges Plätzchen stellen. Sie sollte keine kurzen Haare haben, ihre Jacke muß auf jeden Fall ein langhaariges Fell aufweisen, das weit aus der Kapuze herausragt, damit alles frei im Wind herumwedeln kann. Die Jacke darf auch nicht richtig zugemacht werden, sie dient ebenfalls als flatternde Wetterfahne. Dazu kommt natürlich ein Pelz um das Mikro, der nicht lang genug sein kann. Zur Dramatik empfehlen sich alte Mikros, die krächzen und jaulen. Die Reporterin darf auf keinen Fall stillstehen, sie muß während der Aufnahmen herumhampeln.

Die Arbeiter hinter ihr sind übrigens leider aus Versehen total ruhig, manche haben noch nicht mal eine Mütze auf dem Kopf!



Dies ist kein expressionistisches Gemälde aus der Sammlung Gurlitt, das rote Geschmier keine Feuerwalze, sondern der Orkan, der Deutschland zu verschlingen droht. Regennasse Stürme werden ab sofort blutigrot angepinselt.



Unter Lebensgefahr konnte sich das ARD-Team beispielhaft diesen zwei todesmutigen Klimarettern vor Ort nähern, die noch versuchten, an Land den Sturm aufzuhalten. Es gelang ihnen nicht, und dies...



...obwohl parallel ein weiterer Held auf dem Brocken im Harz [den Schneesturm dort](#) zu einem Duell herausforderte. Zieh, schrie er, aber der Sturm blies weiter. Zuviel CO2 in der Luft!



Diese Blondine im

Hafen von Bremen konnte nichts vermelden, darum zog sie ihre Mütze aus und ließ eine Strähne gefährlich im Wind flattern. Besser als gar nichts!



Auch diese Sturmexpertin in Dagebüll, die gerade in ihren ZDF-Ersatzpenis spricht, sieht nur vermeintlich ruhig aus, [allein im Video sieht](#) man, wie ungeheuer tapfer diese rasende Reporterin dem Wind trotzt, obwohl sie sich kaum auf ihren zarten Beinen halten kann. Alles wackelt und wedelt! Vorbildlich!



Der Klimatiker hier steht irgendwo seitwärts auf dem Brocken und hat ein Buschmikrofon größer als ein Elefantenpenis. *Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!* hieß es doch bereits 1943.

Inzwischen hat sich die Lage leider beruhigt. Größere Schäden gab es beklagenswerterweise nicht, was auch daran liegt, daß wir die meisten Kernkraftwerke wohlweislich gleich nach Fukushima abgeschaltet haben, sonst hätte es sie vielleicht

weggeblasen. Nur der Weihnachtsbaum [unseres geliebten Bundespräsidenten](#) in Berlin ist umgefallen. Tschüss, bis zum nächsten Hurrikan in ZDF und ARD! Die GEZ macht's möglich!

Stern TV: Sollten Deutschkurse Pflicht sein?



Masochisten hatten am Mittwochabend Gelegenheit, auf stern TV ihr Handicap zu pflegen. Das Saure- Gurken-Thema „Integration“ drehte sich diesmal um die unerhörte Frage, ob [Deutschkurse für Menschen mit Migrationshintergrund Pflicht](#) sein sollten (Video der Sendung [hier](#)), denn vor allem türkische Frauen, die schon lange in Deutschland leben, sind oft schlecht integriert, weil sie – wie der Bruder einer Protagonistin der Sendung feststellte – „zu faul sind, Deutsch zu lernen“. Wozu auch, Weihnachtsmann Hartz kommt auch so lebenslang, und die Kinder sollen gefälligst im Kindergarten und in der Schule Deutsch lernen, damit sie Vadda und Mudda helfen können, wenn es darum geht, sich ärztlich behandeln zu lassen und den Alltag im fremden Land zu bewältigen, das voller Vorurteilen gegenüber Fremden ist (wie der Bundespräsident und andere Politiker fortwährend sagen).

(Von Verena B., Bonn)

Moderator Steffen Hallaschka berichtet stolz und freudestrahlend, dass er in der tollen, multikulturellen Hafenstadt Hamburg lebe, kürzlich aber erschreckt darüber war zu hören, dass 23 Prozent der Grundschüler kaum Deutsch sprechen, da 25 Prozent der Schüler zu Hause nur die Heimatsprache sprechen. Die Werte in anderen Städten seien ähnlich. Soll nun die Erlernung der deutschen Sprache Pflicht werden oder reichen mehr Angebote zum freiwilligen Lernen? Darüber diskutierten Wolfgang Bosbach (CDU), Sevim Dagdelen (Die Linke), Bernd Siggelkow (Gründer des Kinderhilfswerks Arche in Berlin), Aysel Yildirim (40, Türkin, stumm), Hüyla Solinku (33, Türkin, ich gutt Deutsche spreche) und Renata Stonkute (25, aus Litauen, nach einem Jahr verständlich Deutsch sprechend).

Aysel Yildirim lebt seit 25 Jahren in Deutschland, aber noch immer spricht die 40-Jährige kein Deutsch. Ihre Wohnung verlässt die sechsfache Mutter nur selten. Kontakt zu Deutschen hat die Türkin nicht. Ihr Mann, ebenfalls arbeitslos, spricht auch kein einziges Wort Deutsch und grinst wortlos freundlich in die Kamera, als er etwas gefragt wird. Immerhin lebt man auf Staatskosten offenbar in einem schönen Haus mit Garten, das vom deutschen Gartenzwerg gerne finanziert wird. Ein Kindchen, das gefragt wird, wo es denn lieber leben würde, in Deutschland oder der Türkei, sagt klagend: „In der Türkei.“ Da leben die Cousinen und der Opa.

Kein Einzelfall: Vor allem Frauen, die nach Deutschland kommen, sind, wie oben gesagt, oft schlecht integriert. Die Bundesregierung will das ändern, im Koalitionsvertrag wurde deshalb festgeschrieben: „Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration. Wir werden die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen.“ Und weiter heißt es: „Die Leitlinie der Integrationspolitik bleibt Fördern und Fordern.“

Renata Stonkute muss ihren Deutschkurs von ihrem knappen Einkommen als Altenpflegerin selbst finanzieren, da sie aus

einem EU-Land kommt. Aber sie schafft es, will später studieren.

Hüyla Solukcu hat sich selbst Deutsch beigebracht und spricht mehr als holprig, muss aber jetzt einen Sprachkurs absolvieren, weil sie arbeitslos geworden ist und Sozialleistungen bezieht. Sie empfindet das als eine Zumutung, wo sie doch so gut spricht, dass man sie nur mit Mühe verstehen kann. „Ohne Zwang lieber“, sagt sie stotternd.

Aysel Yildirim kann leider nichts zur Diskussion beitragen, trägt aber ein schönes Kopftuch und lächelt zufrieden.

Bernd Siggelkow stellt fest, dass Sprachkurs-verpflichtende Maßnahmen 30 bis 40 Jahre zu spät kommen. Damals habe man geglaubt, dass die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückkehren würden, und als das ~~leider~~ nicht der Fall war, sei man davon ausgegangen, dass sich das mit der Integration schon irgendwie von selbst regeln würde. Man habe eben „Scheiße gebaut“, gibt er zu.

Seit 2005 haben Ausländerbehörden die Möglichkeit, Migranten zum Deutschkurs zu verpflichten. Ob dieser Weg aber der richtige ist, bleibt umstritten (bei Frau Dagdelen). „Nein“, sagt die Linke, „wir brauchen bessere Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund statt Sanktionen und Drohgebärden.“ Es gebe nicht genügend Ganztagschulen, nicht genügend Kitas und nicht genügend Sprachkurse. Auch müssten bessere Lehrer her. Außerdem hätten bisher ja eine Million Menschen mit Erfolg die Sprachkurse besucht. Dass die Polen dabei an erster und die Türken auf den letzten Plätzen rangieren, erwähnt sie immerhin. Für diese benachteiligten Menschen müsse eben noch viel mehr getan werden.

Wolfgang Bosbach (dessen jüngste Tochter Victoria jetzt auch einen türkischen Freund hat, der perfekt Deutsch spricht) platzt der Kragen: Man tue so viel wie kein anderes Land, habe 200 Millionen Euro in Integrationsmaßnahmen investiert, die

der Steuerzahler aufzubringen habe, Sorge für Sprachkurse und kostenlose Rundumversorgung der Migrantenfamilien – und da könne man ja nun wohl erwarten, dass die Betroffenen die Sprachangebote auch wahrnehmen. Und wenn sie sich (diese bestimmte Bevölkerungsgruppe) standhaft weigerten, die Kurse zu besuchen, müsse man sie eben zwangsweise dazu verpflichten und die Sozialleistungen entsprechend kürzen. Er findet: „Wer in Deutschland Leistungen bezieht, sollte auch die deutsche Sprache lernen müssen!“

Frau Dagdelen ist über diese unverschämte Forderung zutiefst empört. Sie denkt wohl insgeheim an das Wort ihres Ministerpräsidenten Erdogan: „Wer Deutschkenntnisse zur wichtigsten Voraussetzung erklärt, verletzt die Menschenrechte“ (November 2011, Quelle: sueddeutsche.de). Laut sagt sie es aber lieber nicht.

Hier das Video der Sendung:

(Videobearbeitung: *theAnti2007*)



Noch ein Dschihad:

Zentralafrikanische Republik



Am Donnerstag sind bei Kämpfen in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, mindestens 140 Menschen ums Leben gekommen, meldet die [französische Presse](#). Es ist ein Kampf um die Macht zwischen Christen und moslemischen Dschihadisten. Auch wenn die momentanen Details unübersichtlich sein mögen ([PI berichtete](#)), die Schuld liegt eindeutig wieder einmal bei den Moslems. Das ist leicht zu beweisen, auch wenn man nie einen Fuß dorthin gesetzt hat.

In der Zentralafrikanischen Republik leben mit hohen Geburtenraten knapp fünf Millionen Menschen. Die ehemalige französische Kolonie ist überwiegend christlich, sowohl katholisch als auch evangelisch. Daneben gibt es circa 10 Prozent Anhänger von Naturreligionen und über 10 Prozent Mohammedaner (nous sommes musulmans), vor allem im Norden des Landes, mit steigender Tendenz. Warum? Ein Blick auf die Landkarte genügt.

Im Norden liegt der Tschad mit überwiegend mohammedanischer Bevölkerung und Bürgerkrieg und auf der anderen Seite der Sudan, Nord und Süd, ebenfalls moslemisch dominiert,

dschihadistisch und mit Bürgerkrieg. Und aus diesen beiden Richtungen wird die Zentralafrikanische Republik immer stärker beeinflusst, bedrängt und infiltriert. Auch aus etwas entfernteren Staaten wie Mali können von dort vertriebene Moslem-Rebellen in die Zentralafrikanische Republik eingedrungen sein.

Generell kann man sagen, alle Länder in Zentralafrika sind *failed states*, leiden unter Bürgerkrieg, wobei immer Mohammedaner beteiligt sind, und haben einen vordringenden, gewalttätigen, eroberungswilligen und machthungrigen Islam an den Grenzen und im Land selbst. Man lasse sich von unseren politkorrekten Mainstream-Medien keinen Bären aufbinden! Es ist schlicht ein Dschihad, der dort stattfindet, unterstützt auch mit Geld aus arabischen Ländern.

Jetzt schickt Frankreich eine Expeditionstruppe in die Zentralafrikanische Republik. Im Gegenzug werden wieder Flüchtlinge nach Europa kommen.



Solidargemeinschaft



Solidarität ist eine Angelegenheit, die im Falle der Freiwilligkeit die Verbundenheit mit anderen Personen oder Gruppen voraussetzt. Ist sie aber erzwungen, führt sie früher oder später zum Unmut bis hin zu ihrer einseitigen Aufkündigung durch den, der sich ausgenutzt und benachteiligt fühlt.

(Von Pythagoreer)

Solidarität setzt einen gleichgelagerten Grundkonsens (kulturell, moralisch, ethisch, sittlich) beider Seiten voraus, der seinerseits das Gefühl der Zusammengehörigkeit erzeugt und damit auch den Willen zum Zusammenhalt stärkt. Sie setzt ein stillschweigendes Einvernehmen darin voraus, dass jeweils derjenige mit den besseren Voraussetzungen solidarisch mit dem Bedürftigen ist, bei Bedarf und Umkehrung der Verhältnisse aber auch umgekehrt. Solidarität ist also nie eine selbstlose Einbahnstraße, sondern impliziert unabdingbar Geben und Nehmen gleichermaßen. Sie ist der Kitt einer Gesellschaft. Je stärker dieser Zusammenhalt ist, desto unerschütterlicher ist auch die Gesellschaft. Klar wird das durch die Ableitung des Begriffs vom lateinischen solidus = fest, dauerhaft.

Untrennbar damit verbunden ist die Loyalität. Loyalität (von franz.: legal „dem Gesetz entsprechend“) bezeichnet die auf „gemeinsamen moralischen Maximen basierende und somit von einem Vernunftinteresse geleitete innere Verbundenheit und

deren Ausdruck im Verhalten gegenüber einer Person, Gruppe oder Gemeinschaft. Loyalität bedeutet, im Interesse eines gemeinsamen höheren Zieles, die Werte (und Ideologie) des Anderen zu teilen und zu vertreten bzw. diese auch dann zu vertreten, wenn man sie nicht vollumfänglich teilt, solange dies der Bewahrung des gemeinsam vertretenen höheren Zieles dient.“ (Zitat Wikipedia)

Sieht man sich nun unsere Gesellschaft an, fragt sich der geneigte Leser sicher, wo hier die Schnittmengen im Sinne gemeinsamer Werte und höherer Ziele denn liegen, und wer da überhaupt tatsächlich Solidarität übt oder sich seiner Loyalität entzieht. Die größte Loyalität wird sicher in der eigenen Familie geübt, es folgt der Freundeskreis, alle Personen des Lebensumfeldes, das Dorf, der Stadtteil, seine Stadt, sein Land, der Kulturkreis, erst zuletzt die gesamte Menschheit. Je größer der Rahmen aber gefasst wird, desto mehr verdünnen sich Loyalität und Solidarität, ein völlig natürliches Verhalten jedes Menschen, ohne das wir längst ausgestorben wären.

Kommen nun z. B. Asylanten hierher, weil sie aufgrund ihrer Religion oder politischen Einstellung verfolgt werden, kann man dann solidarisch sein und helfen, wenn es große Korrelationen zwischen deren Weltanschauung und der unsrigen gibt, weil die notwendige Schnittmenge an Wertvorstellungen da ist und auch von anderer Seite her im Bedarfsfall eine gewisse Loyalität erwartet werden darf. Kommen aber Asylanten, die nur unsere Sozialkassen plündern und sich ansonsten nicht um ihre Gastgesellschaft scheren, fehlt aufgrund mangelnder Loyalität auch automatisch die Grundlage für Solidarität. Der Islam verbietet Loyalität und Solidarität mit Andersgläubigen, hier ist das Projekt Integration von vornherein zum Scheitern verurteilt. Allerdings bildet sich eine Solidarität mit Teilelementen der Gesellschaft, die ebenfalls die Sozialkassen plündern. Das sind zum einen die eigenen Landsleute der Asylanten, das sind aber auch diejenigen, die sich aus der

autochthonen Gesellschaft in die soziale Hängematte legen und keinen eigenen Beitrag zur Gesellschaft leisten wollen und gezielt schmarotzen ohne irgendetwas zurückzugeben, bis der Wirt blutleer ist. Ein funktionierender Staat setzt aber Loyalität und Solidarität der allergrößten Mehrheit seiner Bürger voraus, er bedarf notwendigerweise einer Wertegemeinschaft, sonst kollabiert er früher oder später. Kommt dann noch wie im Falle des Islam hinzu, dass Toleranz und Respekt vor dem Gegenüber (für sich genommen zwei wichtige Aspekte unserer Wertegesellschaft) und wohlwollende Vorschusslorbeeren als Schwäche ausgelegt werden, ist der Kollaps kurzfristig vorprogrammiert. Entweder wehrt sich die Gesellschaft früh genug, oder sie wird neue Werte annehmen müssen, nämlich diejenigen des Skrupelloseren, und wer das ist, brauche ich hier wohl nicht weiter zu erläutern.

Erzwungene Solidarität aber, wie sie [unser Staat inzwischen auf allen Ebenen gesetzlich erwirkt](#), mündet früher oder später in anarchische Zustände. Das Volk wird unregierbar, weil es unzufrieden ist, sich ausgenutzt fühlt und sich dann selbst zur Wehr setzt, auch gegen denjenigen, der ihm die Suppe eingebrockt hat, nämlich gegen den Staatsapparat. Merkwürdig ist, dass die Politiker, die sich alle für so klug halten, diese tickende Zeitbombe kaum bemerken, geschweige denn entschärfen. Und sie tickt unerbittlich, es ist fünf vor zwölf.

VG Stuttgart: Asyl wegen Heirat und Islam

Heiraten Frauen in Afghanistan trotz familiären Verbots, kann die Verfolgung durch Familienmitglieder eine Anerkennung als

Flüchtling in Deutschland begründen. Denn müssen Frauen wegen der dort herrschenden patriarchalischen Anschauungen mit empfindlichen Strafen für Leib und Leben rechnen, stellt dies eine Verfolgung wegen des Geschlechts dar. Das hat das Verwaltungsgericht Stuttgart mit nun bekanntgegebenen Urteil vom 12. November 2013 entschieden (Az.: A 6 K 1311/13).

Das 1987 und 1989 geborene afghanische Ehepaar floh 2010 nach Deutschland. Die damals schwangere Frau hatte angegeben, dass sie ihren Mann gegen den Willen ihrer Eltern aus Liebe geheiratet habe. Daraufhin seien sie und ihr Mann von ihren Brüdern mehrfach geschlagen und mit dem Tod bedroht worden. Sie habe ihre Familie „entehrt“, so der Vorwurf. Denn sie sei vorher ihrem Cousin versprochen gewesen. Hilfe von den afghanischen Behörden sei nicht zu erwarten. In Deutschland sei der Ehemann zudem vom islamischen zum christlichen Glauben konvertiert, weshalb ihm wegen seines Glaubenswechsels vom Islam zum Christentum in Afghanistan die Todesstrafe drohe.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hatte den Asylantrag der Kläger abgelehnt. Staatliche Verfolgung sei nicht vorgetragen worden. Ihnen drohe wegen der Eheschließung auch keine landesweite Verfolgung durch Familienangehörige. Dem ist das Verwaltungsgericht nicht gefolgt und entschied, dass die Kläger als Flüchtlinge anzuerkennen seien... ([Asylgrund Islam](#) könnte man also sagen!)